

**Niederschrift**  
**über die 56. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
**am 11.03.2020**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18.30 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann Stellv. Vorsitzende  
Herr Grün  
Herr Langeworth

SPD

Frau Gorsler  
Herr Pieplau  
Frau Weißenfeld Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hennke

Bielefelder Mitte

Herr Gehre

Die Linke

Herr Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein  
Frau Fuhrmann  
Frau Häckel  
Frau Purucker  
Frau Stillger

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Hopster  
Frau Puffer  
Herr Rotter  
Herr Schütz  
Herr Varnholt  
Frau Wollenberg

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger Dezernat 5  
Herr Epp Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Herr Hanke  
Herr Helmke  
Frau Aron  
Frau Steinberg  
Frau Vogel  
Herr Leeseemann

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-  
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention  
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention  
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention  
Stab Dezernat 5

Berichterstatter  
Herr Dr.Schäfer

Verein BAJ e.V.

Nicht anwesend:  
Herr Wandersleb

Schriftführung  
Frau Steinborn

---

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 56. Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) fest.

Sie bittet um Zustimmung des Gremiums zu folgenden Änderungen der Tagesordnung:

### Zu TOP 12

Aufgrund des Antrags der CDU vom 10.03.2020 ist TOP 12 um TOP 12.1 – Definierte Ausschreibungen zum Einsatz des Jugendbusses – zu erweitern.

### TOP 7

Es sei ein Änderungsantrag der Ratsfraktionen der SPD und Bündnis 90 Die Grünen zu TOP 7 zum Beschlussvorschlag „Konzept für eine Nutzung des Grünen Würfels“ verteilt worden. Dieser Antrag sowie die Anfrage der CDU Ratsfraktion aus TOP 4.1 sollen gemeinsam mit TOP 7 beraten werden.

Da Herr Nürnberger sich verspäte, habe er darum gebeten, TOP 7 erst nach seinem Eintreffen zu beraten.

Der Jugendhilfeausschuss fasst daraufhin folgenden

### Beschluss:

**Die Tagesordnung ist um TOP 12.1 – Definierte Ausschreibungen zum Einsatz des Jugendbusses – zu erweitern. TOP 7 und TOP 4.1 werden gemeinsam mit dem Änderungsantrag der Ratsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 7 nach Eintreffen des Dezernenten Herrn Nürnberger beraten.**

-einstimmig beschlossen-

## Öffentliche Sitzung:

### **Zu Punkt 1      Bestellung der Schriftführerin**

Die Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt vor, Frau Susan Steinborn zur Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

### Beschluss:

**Frau Steinborn wird zur Schriftführerin ernannt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**                    **Genehmigungen öffentlicher Teil**

**Zu Punkt 2.1**                **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 53. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.01.2020**

Ohne Anmerkungen fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil des Jugendhilfeausschusses vom 15.01.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

**Zu Punkt 3**                    **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1**                **Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch das Land NRW - Anhebung der fachbezogenen Pauschale**

Frau Weißenfeld verweist auf die Mitteilung zur Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch das Land NRW – Anhebung der fachbezogenen Pauschale.

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**                **Sachstand zur "Hall of Fame" an der Mindener Straße**

Frau Weißenfeld verweist auf die Mitteilung zum Sachstand der „Hall of Fame“ an der Mindener Straße.

Herr Pieplau bittet um Erläuterungen zur Finanzierung und Herr Epp teilt mit, dass es einen Sponsoren gebe, der jedoch eine finanzielle Beteiligung der Stadt erwarte. Die Möglichkeit werde jetzt in der Verwaltung geprüft.

Herr Pieplau äußert besorgt, dass bei der Vergabe beschränkter finanzieller Mittel beachtet werden solle, dass zunächst die bisher gefassten Beschlüsse finanziert würden, bevor man weitere Projekte finanziell unterstütze.

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.**

-.-.-

*Nach TOP 3 wurde TOP 5 beraten.*

-.-.-

**Zu Punkt 4**                    **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**                **Wechselwirkungen zwischen der geplanten Nutzung des Grünen Würfels und der Quartiersbetreuung Ostmannturmviertel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10480/2014-2020

Frau Weißenfeld verweist auf die Verschiebung der Beratung zu TOP 4.1, die gemeinsam mit TOP 7 beraten werden.

-.-.-

**Zu Punkt 5**                    **Anträge**

**Zu Punkt 5.1**                **Grundausstattungs-Standards für die Kindertagesstätten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10457/2014-2020

Frau Brinkmann erläutert den Antrag der CDU-Ratsfraktion und macht deutlich, dass es sich hierbei nicht um einen Angriff gegen Kitas oder Träger handele, sondern als ein Prüfauftrag und eine Anregung gemeint sei. Sie habe viele Rückmeldungen von Eltern erhalten, die teils immense Verbesserungsmöglichkeiten in den einzelnen Kitas sähen. Selbstverständlich bestünden auch unabänderliche Unterschiede in den räumlichen Möglichkeiten und örtlichen Gegebenheiten, so z.B. bei Alter und Art des Gebäudes und des Außengeländes, dennoch sollte man die Kommunikation mit den Trägern suchen um änderbare Missstände zu ermitteln. Besondere Beachtung sollte man den Waschräumen und Toiletten, der Farbgestaltung, den Schlaf- und Außenbereichen schenken.

Frau Weißenfeld macht darauf aufmerksam, dass die personelle Bemessung und auch die räumliche Ausstattung vom Landesjugendamt vorgegeben seien und sie zwischen tatsächlichen Mängeln und weitergehenden Wünschen unterscheiden wolle. Mängel sollten direkt an das Jugendamt gemeldet werden. Die weitergehende Ausstattung und Gestaltung würde ja auch stark von den jeweiligen Einrichtungen und Leitungen abhängen.

Herr Pieplau macht deutlich, dass er dem Antrag so nicht zustimmen wolle und äußert kritisch, dass es den Eindruck mache, als bestünden katastrophale Zustände in der Bielefelder Kita-Landschaft. Er macht deutlich, dass wenn ein Mangel bestünde, dieser selbstverständlich abgeschafft werden müsse, aber eine Generalüberprüfung sehe er kritisch.

Herr Hanke führt aus, dass es schwierig sei, gleiche Voraussetzungen hinsichtlich der Ausstattung herzuführen, zumal die Einrichtungen Ausstattungspauschalen erhielten und diese zweckentsprechend verwenden würden. Wenn Mängel bestünden, dann stehe außer Frage, dass dies angesprochen und abgestellt werden müsse. Weiterhin sei die Stadt keine Aufsichtsbehörde mit der Möglichkeit des direkten Eingriffs oder Weisungsrecht hinsichtlich gleicher Ausstattungen. Ausgenommen natürlich, wenn die Stadt zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen würde,

wofür er aber keinen Spielraum sehe. Die Träger setzten derzeit das Geld verantwortungsvoll ein, um das bestmögliche für ihre Kinder zu erreichen. Er bitte um konkrete Hinweise, an welchen Punkten ein Bedarf bestünde oder ein Mangel vorliege.

Frau Hopster findet es positiv, das Thema aufzugreifen um festzustellen wo es z.B. bauliche Mängel und Probleme gebe oder aufgrund von weitergehenden Problemlagen manche Dinge nicht mehr möglich seien. Die Basis sollte sichergestellt sein. Problematisch sehe sie aber die realistische Definition und Umsetzung einheitlicher Standards vor dem Hintergrund der Trägerautonomie und der eigenen pädagogischen Konzepte der verschiedenen Träger.

Frau Stillger merkt an, dass es wünschenswert sei die Thematik auch auf den Schulbereich auszuweiten und die Optimierung des Umfeldes unserer Kinder und Jugendlichen zu erwirken. Da das Ganze aber finanziell nicht umsetzbar wäre, stellt sie die Sinnhaftigkeit eines solchen Antrages in Frage.

Frau Brinkmann streicht auf die Einwendungen von Frau Hopster den Zusatz „gleiche Grundausrüstungs-Standards zu erreichen“ und macht darauf aufmerksam, dass der Antrag die Vorstellung des Ergebnisses im Jugendhilfeausschusses anstrebe und man dann schauen könne, welche Bedarfe wie finanziert werden könnten.

Frau Wollenberg schließt sich den Ausführungen von Frau Hopster und Frau Stillger an und würde die angestrebten Gespräche zwischen Trägern und Jugendamt begrüßen.

Frau Henke hinterfragt die Sinnhaftigkeit des Antrages, wenn der Zusatz „gleiche Grundausrüstungs-Standards zu erreichen“ gestrichen würde und bittet um eine Formulierung des Antrages, um das gewünschte Ziel zu verdeutlichen.

Herr Langeworth gab als Beispiel für die Umsetzungsmöglichkeit die Gewährung bezirklicher Sondermittel aus der Bezirksvertretung für die Anschaffung von Sitzgelegenheiten für eine Kindertagesstätte an. Nur wenn man wisse, was benötigt würde, könne man gemeinsam entsprechende Lösungsmöglichkeiten suchen. Daher sei es sinnvoll, die Gespräche zu führen.

Frau Eberlein macht darauf aufmerksam, dass die Grundausrüstung der Kitas durch das Landesjugendamt geregelt sei und von dort auch eine fachliche Beratung der Träger erfolge.

Frau Weißenfeld verweist auf die Beratungen in der AG 78, in der die Träger durchaus entsprechende Probleme anbringen könnten.

Frau Brinkmann formuliert auf Wunsch des Gremiums folgenden Beschlussvorschlag:

*Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit den freien Trägern und den städtischen Kitas in Bielefeld die Kita-Ausrüstung zu diskutieren. Die Grundausrüstung der Kitas muss den heutigen Anforderungen und Bedarfen entsprechen. Das Ergebnis soll im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.*

Frau Purucker macht deutlich, dass es derzeit die Kind-Pauschalen gebe, die Personal- und Sachkosten beinhalten. Damit müssten alle Leitungen auskommen. Man müsse aufpassen, dass man nicht falsche Signale setze und die Einrichtungen, die nicht gut mit den Pauschalen haushalten würden, mit zusätzlichen Geldern „belohne“. Die Leitung einer Einrichtung müsse sich um die Ausstattung ihrer Einrichtung kümmern und die entsprechenden Stellen (Elternrat, Jugendamt etc.) einbinden. Sie bittet zu bedenken, ob das Ergebnis einen solchen Aufwand für ca. 200 Kitas rechtfertige. Beim Jugendamtselternbeirat seien bislang noch keine Beschwerden angekommen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit den freien Trägern und den städtischen Kindertagesstätten in Bielefeld die Kita-Ausstattung zu diskutieren. Die Grundausrüstung der Kitas muss den heutigen Anforderungen und Bedarfen entsprechen. Das Ergebnis soll im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.**

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen –

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Bericht Verein BAJ e.V.**

Herr Dr. Schäfer vom Verein BAJ e.V. stellt anhand einer Power Point Präsentation die Arbeit des Vereins BAJ vor. Die Power Point Präsentation ist als Anlage Bestandteil des Protokolls.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bedanken sich für die Informationen und begrüßen die Arbeit des BAJ. Auf einzelne Nachfragen führt Herr Dr. Schäfer aus, dass der Ruf des BAJ unter den Jugendlichen stetig besser werde und das auch durch die hochwertigen Angebote begründet sei. Das Verhältnis männlicher und weiblicher Teilnehmer\*innen läge bei ca. 60/40. Er lädt alle Anwesenden ein, das BAJ und die Jugendlichen vor Ort zu besuchen und sich über die Arbeit zu informieren.

-.-.-

*Nach TOP 6 wurde TOP 8 beraten.*

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Konzept für eine Nutzung des „Grünen Würfels“**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10266/2014-2020

Frau Weißenfeld macht darauf aufmerksam, dass die TOP 4.1 und TOP 7 zusammen beraten werden.

Weiterhin führt sie aus, dass auf die Anfrage der CDU von TOP 4.1 bereits eine Antwort der Verwaltung vorliege, die als Tischvorlage verteilt worden sei. Versehentlich sei die zweite Seite nicht mit kopiert worden und Herr Nürnberger verliest den kurzen letzten Antwortsatz. Die Antwort des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention ist Anlage dieses Protokolls.

### **Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.**

Weiterhin verweist Frau Weißenberg auf den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsfraktion der SPD Bielefeld.

Frau Hennke führt aus, dass sie der Vorlage zustimmen wolle, jedoch möchte sie die Verwaltung bitten, die Miete erneut zu verhandeln, da die Kosten sehr hoch seien. Die Ratsfraktionen sehen die Möglichkeit, erneut mit der BGW zu verhandeln. Auch wolle man regelmäßig über die Entwicklungen um den Grünen Würfel und den Kesselbrink informiert werden.

Herr Langeworth begrüßt die ausführliche Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU Ratsfraktion und stellt zur Vorlage der Verwaltung fest, dass die Ablehnung der CDU hinsichtlich der Anmietung des Grünen Würfels bekannt sei. Bereits im November 2019 habe man darüber diskutiert, dass die Mietkosten mit 740 € pro Kalendertag zu hoch seien. Auch die positive Wirkung auf den Platz sei für ihn nicht zu erkennen und zu erwarten. In der Vorlage vorgestellte, durchaus interessante Nutzungsideen seien zu begrüßen und könnten aber auch in anderen Räumlichkeiten umgesetzt werden. Was Verbesserungen der Situation des Kesselbrinks angehe, so sei zu beobachten, dass die Einsätze des Ordnungsdienstes absolut die richtige Reaktion auf die Probleme dieser Örtlichkeit gewesen seien. Allerdings sei die zeitliche Ausweitung viel zu gering und man müsse dies noch viel mehr ausweiten. Daher werde die CDU weiterhin die Anmietung des Grünen Würfels ablehnen.

Frau Stillger weist darauf hin, dass das Konzept schon etwas überholt sei. Sie habe aufgrund der Erkenntnis, dass 70-80 % der Nutzer\*innen des Grünen Würfels männlich seien, vereinbaren können, dass an zwei Nachmittagen in der Woche der Zugang für Frauen und Mädchen geöffnet würde.

Frau Stillger beantragt, dass in dem der Beschlussvorlage beigefügtem Konzept auf Seite 1, erster Absatz, nach „.... positive Belegung des Kesselbrinks“ folgender Satz eingefügt werden soll:

*Aufgrund seiner exponierten Lage stellt der Grüne Würfel eine herausragende Möglichkeit dar, den Kesselbrink aufzuwerten und allen Bürger\*innen einen inklusiven, geschlechtergerechten und multikulturellen Treffpunkt zur Verfügung zu stellen.*

Damit könne man die Standards der Angebote im Grünen Würfel definieren.

Sie stellt auch die hohen Kosten als einen kritischen Punkt dar, macht

aber auch deutlich, dass der Grüne Würfel bei Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt eine herausragende Bedeutung habe. Für die Erwachsenen stelle der Kesselbrink eher einen Angstraum dar, für die Jugendlichen habe er jedoch einen hohen Status, es sei Kult und cool, da zu sein. Man habe kommunalpolitisch die Chance, dies zu nutzen um dem Platz und dem Grünen Würfel ein ganz anderes Image verpassen zu können. Zudem bestünde die Möglichkeit, zum Ausdruck zu bringen, dass die Jugendlichen und Kinder der Politik und Gesellschaft so wichtig sind, dass man sich dieses besondere Projekt in Bielefeld leiste.

Frau Aron teilt mit, dass der Satz gern an der Stelle aufgenommen werden könne, man aber weiter hinten im Konzept bereits darauf eingehen würde. Frau Stillger erklärte sich einverstanden, wenn der Satz auf die erste Seite komme, da sie es als wichtig erachte, diese grundlegenden Aussagen gleich an den Anfang zu setzen.

Herr Schütz von den Falken berichtete die Aussage, dass 60-70 % der Nutzer\*innen männlich seien und zitierte aus der Besucherstatistik von Dezember bis zum 10.03.2020, wonach von 1.726 jungen Menschen 1.007 männlich und 719 weiblich gewesen seien.

Frau Purucker bedankt sich bei den Falken und auch Herrn Wörmann vom Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention und stellt den großen Erfolg des Grünen Würfels auch im Bereich der ehrenamtlich Tätigen dar, da hier eine kurzfristige, unkomplizierte Nutzung möglich sei.

Herr Rotter schließt sich den Vorrednern an und begrüßt das Konzept und die Umsetzung durch den Träger. Aber auch er kritisiert die hohen Mietkosten und unterstützt den Antrag.

Herr Nürnberger macht deutlich, dass er die Kritik an den hohen Kosten für den Grünen Würfel ausgesprochen ernst nehmen würde und die Stadt alle Bemühungen unternehme, diese zu senken. Er persönlich sehe es für den Kesselbrink und den Grünen Würfel und somit auch für die Stadt Bielefeld als großen Chance und man sei mit dem jetzigen Konzept genau auf dem richtigen Weg. Die BGW sei der Stadt schon sehr weit entgegengekommen – mit mietfreien Monaten und einer Reduzierung der Miete. Die hohen Kosten entstünden auch durch die Art des Gebäudes, weil einfach sehr hohe Nebenkosten entstünden. Wenn das Konzept greife, könne die Politik zukünftig dann entscheiden, ob und welchen Weg sie hinsichtlich der Stadtentwicklung mit dem Kesselbrink und dem Grünen Würfel weitergehen wolle.

Sodann stellt Frau Weißenfeld den Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Beschluss:**

**Zur Beschlussvorlage werden folgende Änderungen vorgeschlagen:**

**4. neu: Die Verwaltung wird gebeten, mit der BGW über die Höhe der Miete für den „Grünen Würfel“ nach zu verhandeln, mit dem Ziel, diese zu senken.**

5. neu: Die Verwaltung wird beauftragt, während der zweiten Phase die Akzeptanz der Angebote kontinuierlich zu beobachten, sowie regelmäßig den zuständigen Ratsgremien über die Entwicklung im „Grünen Würfel“ und auf dem Kesselbrink zu berichten.

-bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

Dann stellt Frau Weißenberg die Beschlussvorlage der Verwaltung mit den Änderungen zur Abstimmung:

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Mitte und der Fachbeirat für Mädchenfragen empfehlen, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließen:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Sofortprogramm des Trägers „Die Falken Bielefeld“ (1. Phase) das im Anhang beschriebene „Mitmach-Konzept“ in einem partizipativen Verfahren mit der AGW Bielefeld, potenziellen Nutzer\*innen, Nachbar\*innen und weiteren Akteuren im Grünen Würfel vom 01.04.2020 bis 30.06.2021 umzusetzen (2. Phase).
2. Im Projektjahr 2020 werden eingesparte Eigenanteile für IN-SEK-Projekte des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention in Höhe von 270.000 € und im Jahr 2021 Mittel aus dem Integrationsbudget von 138.000 € entsprechend des Kostenplans eingesetzt (s. Anlage, Punkt 5).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der 2. Phase das Konzept für den Grünen Würfel so weiter zu entwickeln, dass sich Platzgeschehen und Immobilie gegenseitig positiv beeinflussen und in 2021 eine Übergabe zum Beispiel an einen Trägerverbund oder eine Vereinskoooperation möglich ist (3. Phase). Dieses Konzept wird den Ratsgremien zur Beschlussfassung zu den Sitzungen im April/Mai 2021 vorgelegt.
4. Die Verwaltung wird gebeten, mit der BGW über die Höhe der Miete für den „Grünen Würfel“ nach zu verhandeln, mit dem Ziel, diese zu senken.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, während der zweiten Phase die Akzeptanz der Angebote kontinuierlich zu beobachten, sowie regelmäßig den zuständigen Ratsgremien über die Entwicklung im „Grünen Würfel“ und auf dem Kesselbrink zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 8

**Bericht über die im Arbeitsprozess "Bielefeld integriert" geförderten und umgesetzten Maßnahmen in den Jahren 2016-2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10358/2014-2020

Frau Steinberg und Herr Helmke erläutern die Vorlage der Verwaltung über die im Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ geförderten und umgesetzten Maßnahmen in den Jahren 2016-2020.

Als Fazit fasst Frau Steinberg zusammen, dass es viele Gemeinsamkeiten bei den vier Bausteinen gegeben habe und es immer um das Ziel eines guten Zusammenlebens und die Förderung der Integration sowie Selbstständigkeit und Teilhabe der geflüchteten Menschen gegangen sei. Wichtig sei gewesen, in gleichem Maße die einheimischen und geflüchteten Menschen im Blick zu haben. Hierbei sei die Beziehungsarbeit ein wichtiges Tätigkeitsfeld und die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen ein ganz wichtiger Stützpfiler gewesen.

Ergänzend für den Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit führt Herr Helmke aus, dass man mit wichtigen Schwerpunkten gearbeitet habe. Dazu gehörten vor allem Demokratiebildung und Selbstinszenierung, was die geflüchteten Menschen aus ihren Heimatländern nicht kennen würden. Daher haben die „Fachleute“ der Verwaltung in diesem Bereich, z.B. in der Elternarbeit, gänzlich neue Erfahrungen machen müssen. Insgesamt sei aber festzuhalten, dass es allgemein zu einem freundlichen und positiven Miteinander geführt habe und alle Seiten hiervon profitieren konnten.

Frau Hennke macht darauf aufmerksam, dass der Begriff der „Stolpersteine“ sehr ungünstig gewählt sei, da dieser Begriff sehr mit den „Stolpersteinen“ zum Gedenken der Menschen, die Opfer des Nationalsozialismus geworden seien, verbunden wäre.

Sie fragt nach, ob neben den geflüchteten Menschen auch andere Personen, wie z.B. Zuwanderer aus Südosteuropa eingebunden wurden.

Herr Helmke teilt mit, dass von Beginn an alle Ethnien angebunden werden konnten und es nicht zu Schwierigkeiten untereinander gekommen sei, die es in den normalen Jugendbegegnungen nicht auch geben würde.

**Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 9**

**Stadtteilmütter (Sennestadt, Baumheide, Jöllenbeck)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10354/2014-2020

Frau Weißenfeld begrüßt die Berichterstatte(r)innen der Stadt Bielefeld, Frau Aron und Frau Vogel vom Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention und weist darauf hin, dass es sich bei den heutigen Beratungen um eine erste Lesungen handele und die Themen der Stadtteilmütter und die Fortsetzung der Stadtteilkoordination nach Beschlussfassungen in weiteren Gremien im April erneut beraten würden.

Frau Stillger wirft die Frage der Beschäftigungsart auf und möchte wissen, warum die beschäftigten Frauen nicht in sozialversicherungspflichti-

ge Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen würden. Frau Vogel erwidert hierauf, dass die Mittel aus öffentlichen Fördertöpfen, insbesondere dem europäischen Sozialfonds, schwierig zu bekommen und sie sehr froh sei, überhaupt Mittel für die Ausweitung auf weitere drei Stadtbezirke erhalten zu haben. Herr Nürnberger ergänzt die Ausführungen und macht deutlich, dass eine Veränderung der Beschäftigungsart sodann eine politische Entscheidung zwischen der Herabsetzung des Leistungsumfanges oder der Erhöhung der finanziellen Mittel einfordern würde. Man wolle das Modell erweitern, weil es gut für die Stadtteile sei. Er habe in Gesprächen mit den betroffenen Frauen nicht den Eindruck gehabt, dass ein dringendes Bedürfnis nach einer Veränderung in Richtung eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses bestünde.

Frau Stillger macht darauf aufmerksam, dass es seinerzeit festgehalten worden sei, dass die Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geprüft werden solle und sie erwarte an dieser Stelle zumindest die Darstellung der unterschiedlichen Zahlen. Eine Zufriedenheit der Frauen mit der derzeitigen Situation habe nichts mit der politischen Forderung nach sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen für Frauen zu tun. Und nach Vorlage der Zahlen könne Politik dann prüfen, ob sie das „Sparprogramm“ ohne weitere Ansprüche der Frauen und eine somit negative Frauenpolitik betreiben wolle oder ob man sich entschlöße, an diesem Punkt eine anständige Frauenpolitik für zugewanderte Frauen zu betreiben und entsprechende Arbeitsverträge abzuschließen.

Frau Henke erkundigt sich nach der Zusammenarbeit der Stadtteilmütter mit anderen Beratungsangeboten, wie z.B. die Case-Manager oder das MiMi Projekt. Hintergrund hierfür sei die Überlegung der Einordnung der „Stadtteilmütter“ im ehrenamtlichen Bereich oder nach den Ausführungen von Frau Stillger im sozialversicherungstechnischen Bereich. Herr Nürnberger sagt die Aufstellung der Zahlen und eine Stellungnahme über die Zusammenarbeit für die nächste Beratung zu.

### **Erste Lesung**

-.-.-

## **Zu Punkt 10**

### **Fortsetzung Stadtteilkoordination ab Mitte 2020**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10353/2014-2020

Frau Vogel und Frau Aron stellen die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Fortsetzung der Stadtteilkoordination vor.

Frau Hopster macht darauf aufmerksam, dass auf Seite 2 der Vorlage unter Mitte-Ost falsche Stellenanteile angegeben seien. So seien diese mit 1,0 VZÄ beziffert, sie hätten aber nur 0,25 VZÄ. In der Fortführung müssten die 0,25 eingefügt werden.

Herr Nürnberger sagt die Korrektur zu.

### **Erste Lesung**

-.-.-

## Zu Punkt 11

### Verstärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Begegnungszentren

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10339/2014-2020

Herr Schütz dankt für den anschaulichen Bericht und bestätigt Herrn Helmke darin, dass diese Angebote gut funktioniert hätten und das auch weiterhin würden. Der Personenkreis der jungen Menschen mit Fluchterfahrung werde auch in den nächsten Jahren in den Jugendzentren verortet sein und daher würde er es sehr begrüßen, wenn der Antrag positiv beschlossen würde.

#### **Erste Lesung**

--:--

*Nach TOP 11 wurde TOP 7 beraten*

--:--

## Zu Punkt 12

### Mobile Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10401/2014-2020

Herr Nürnberger teilt mit, dass er die Ziffern 1. – 3. des Beschlussvorschlages der Beschlussvorlage 10401/2014-2020 zurückziehe, da sich neue Aspekte ergeben hätten, die eine politische Entscheidung in der heutigen Sitzung nicht möglich machen. Es seien technische Probleme festgestellt worden, deren Behebung eine neue Kalkulation erforderten und dadurch zu einer neuen Einschätzung der Wirtschaftlichkeit und sinnvollen Nutzung führe.

Frau Weißenfeld verweist auf den Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Ausschreibung definierter Leistungen zum Einsatz des Jugendbusses und stellt fest, dass dieser TOP dann nicht zu beraten und bis zum Vorliegen einer weiteren Beschlussvorlage zu vertagen sei.

Sofern vorliegend, bittet sie um Fragen des Gremiums zur grundsätzlichen Thematik, so dass die Verwaltung diese in die weitere Bearbeitung einbeziehen könne.

Frau Henke verweist auf Zif. 2 und die Aussage, dass der Jugendbus dem Träger bis zum 31.12.2021 zur Verfügung gestellt werde. Sie möchte wissen, ob die Personalkosten mit den Verträgen zum Niedermühlenskamp verbunden seien und ob diese ab 2022 in der Beschlussvorlage berücksichtigt würden.

Herr Pieplau wünscht die zeitgleiche Vorlage der Beschlüsse zum Jugendbus und der Hall of Fame, damit hinsichtlich der Finanzierung gleichberechtigte Entscheidungen getroffen werden können.

Frau Häckel begrüßt die Vergabe der Mittel an die Spielmobile, wodurch

endlich Spielgeräte erneuert und aufgestockt werden könnten.

### **Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen**

-.-.-

#### **Zu Punkt 12.1 Ausschreibung definierter Leistungen zum Einsatz des Jugendbusses Antrag der CDU vom 10.03.2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10576/2014-2020

**Die Beratung wurde vertagt.**

-.-.-

#### **Zu Punkt 13 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2020/2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10155/2014-2020

Frau Weißenfeld verweist auf die ausführliche Beschlussvorlage der Verwaltung und bittet um Fragen oder Anmerkungen.

Frau Purucker bittet um die Zahlen der Überbelegungen um nachvollziehen zu können, wie diese sich verändern, um hieraus dann evtl. Maßnahmen erarbeiten zu können. Wenn es sich zeige, dass Überbelegungen dauerhaft erforderlich seien, so müsse man dann z.B. auch dauerhaft weitere Garderobenhaken o.ä. anbringen, da das Fehlen dieser bei manchen Kindern zu Gefühlen der Ausgrenzung führen könne.

Herr Hanke sagt die Mitteilung der Zahlen zu.

Frau Weißenfeld führt aus, dass Tagespflege stark von den Eltern im U3 Bereich angefragt, die Belegung der 25-Stundenplätze in Bielefeld jedoch nicht groß nachgefragt würde.

Da keine weiteren Anmerkungen oder Fragen vorliegen fassen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses folgenden

#### **Beschluss:**

**1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2020/2021 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2020 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:**

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrich- tungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Tagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Ein- schulung	Ia (25 Std.)	151	1.177	3.319	
	Ib (35 Std.)	1.974			
	Ic (45 Std.)	2.371			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	17	17		
	IIb (35 Std.)	881	881		
	IIc (45 Std.)	1.071	1.071		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	403		403	
	IIIb (35 Std.)	2.965		2.965	
	IIIc (45 Std.)	3.210		3.210	
Summe		13.043	3.146	9.897	920 davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

\*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.043 + 920 = 13.963) und der Gesamtzahl der Plätze (14.050) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 156 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Tages-

**pflge sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden. Plätze für Schulkinder werden nicht angemeldet.**

**3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushalte 2020 und 2021 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### **Zu Punkt 14**

#### **Fachkräftebedarf in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Offene Ganztagschule**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10410/2014-2020

Frau Weißenfeld ruft die Vorlage zum Fachkräftebedarf in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Offene Ganztagschule auf und bittet um Wortbeiträge.

Frau Purucker verweist darauf, dass auf zwei Punkte ihres Antrages nicht eingegangen worden sei. Zum einen die Kampagne zur Gewinnung von Auszubildenden zur Erzieher\*in, die wirklich wünschenswert sei. Hier habe die Stadt Düsseldorf bereits eine schöne Kampagne gestartet und eine Homepage eingerichtet, auf der schöne und leicht zugängliche Videos und Erläuterungen zum Berufsbild abrufbar seien, um Kindern und Jugendlichen diese Berufe nahezubringen. Die Website sei unter [www.düsseldorf@erziehen.de](http://www.düsseldorf@erziehen.de) einzusehen. Der Jugendamtselternbeirat verfüge hier über erhebliches Know how und gute Ideen zur Umsetzung einer Website und eines Filmes.

Zum anderen die Aktion zum Tag der Kinderbetreuung am 11.05.2020. Sie weist darauf hin, dass diese Aktionen nicht viel Geld erforderten und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob eine finanzielle Unterstützung dieser Projekte möglich sei.

Herr Hanke teilt mit, dass ihm aktuell eine Information der Deutschen Kinder und Jugendstiftung zum Tag der Kinderbetreuung mit dem Hinweis auf den 11.05.2020 vorliege und das Jugendamt kurzfristig eine Beteiligung und auch finanzielle Unterstützung der Projekte des Jugendamtselternbeirat prüfen werde. Er sagt eine kurzfristige Antwort zu.

Herr Pieplau bedankt sich für die ausführliche Vorlage der Verwaltung und möchte wissen, wie sich die Bewerberlage zur Ausbildung darstelle und ob es mehr Bewerber als Ausbildungsplätze gebe oder umgekehrt.

Herr Epp führt aus, dass Maria-Stemme-Berufskolleg habe auf Wunsch des Jugendamtes eine weitere Klasse eingerichtet. Hier sei es momentan schwierig die Plätze alle zu belegen.

Das Berufskolleg der AWO biete zum ersten Mal eine duale Ausbildung

an: PIA – praxisintegrierte Ausbildung. Bei diesem Modell gebe es derzeit erheblich mehr Nachfragen als Angebote, was darauf hinweisen würde, dass duale Ausbildungen für viele Ausbildungssuchende attraktiver wirkten und es sich hierbei ggfls. um ein zukunftssträchtiges Modell handele.

Frau Stillger verweist darauf, dass in Bielefeld ein großes Potential vorhanden sei. Z.B. durch das Modellprojekt der Integrationsbegleiterinnen der AWO sei festgestellt worden, dass viele zugewanderte Frauen Interesse hätten in diesem Berufsfeld zu arbeiten, aber an den erforderlichen Schulabschlüssen scheiterten. Hier sei noch einmal genau zu schauen, wie die kurzfristige Möglichkeit einer Qualifizierung und Ausbildung dieser Frauen umgesetzt werden könne.

Herr Pieplau regt an, die Sprachangebote an die Schulen anzubinden.

Herr Rotter möchte wissen, ob die PIA auch für die städtische Berufsschule vorgesehen ist.

Her Epp teilt mit, dass es sich um ein neues, durch ein Bundesprogramm gefördertes Projekt handele, in dem für PIA-Ausbildungen bundesweit nur 5000 Ausbildungsplätze vorgesehen und gefördert würden. Für Bielefeld mit 200 Kitas bedeute dies, dass etwa 20 Ausbildungen aus dem Bundesprogramm bezuschusst würden. Das habe dazu geführt, dass die Träger mit den Berufskollegs abstimmen mussten, an welchem Berufskolleg eine Klasse gebildet werden konnte. Am Berufskolleg der AWO konnte daraufhin eine Klasse gebildet werden. Die Stadt selbst habe leider Ablehnungsbescheide aus Berlin erhalten.

Frau Hopster macht deutlich, dass eine duale Ausbildung zukunftsweisend sei.

### **Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nehmen Kenntnis.**

-.-.-

---

Regine Weißenfeld  
Vorsitzende

---

Susan Steinborn  
Schriftführerin